

Rede des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Mike Mohring, zum Jahresempfang 2009 am 25. März 2009 in Erfurt

Zunächst vielen Dank Eberhard Biber & Band für die musikalischen Einstimmung.

Ich begrüße sie alle hier auf der Messe in Erfurt zum Jahresempfang der CDU-Landtagsfraktion und natürlich Einzelne Gäste möchte ich besonders hervorheben.

Entgegen dem Protokoll möchte ich als erstes all diejenigen begrüßen, die mit mir gemeinsam heute Gastgeber sind. Meine Kolleginnen und Kollegen aus der Landtagsfraktion und ihre Ehepartner. Seien Sie uns herzlich willkommen.

Ich freue mich, mit Ihnen die stellv. Ministerpräsidentin Frau Birgit Diezel und mit ihr die Mitglieder der Landesregierung und auch alle anwesenden Staatssekretäre und mit ihnen den ersten Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen Josef-Duchac´ begrüßen zu können.

Für unser Landtagsparlament begrüße ich sehr herzlich die Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski und mit ihr auch gemeinsam ihre Vorgänger im Amt den ersten Landtagspräsidenten Dr. Gottfried Müller, Dr. Frank-Michael Pietzsch und natürlich auch Christine Lieberknecht.

Ich freue mich, dass auch die 3. Gewalt hier vertreten ist, durch den Präsidenten des Thüringer Verfassungsgerichtshofs Harald Graef und mit ihm und seinem Vorgänger Dr. Bauer auch alle anwesenden Vertreter der dritten Gewalt. Seien Sie uns herzlich willkommen und seien Sie uns immer gut geneigt, wenn Sie über uns entscheiden müssen.

Ich freue mich sehr, das neben den Kollegen aus dem Thüringer Landtag auch die Kollegen aus dem Europäischen Parlament und dem Deutschen Bundestag aber auch die zahlreicher Vertreter der kommunalen Parlamente da sind. Ihnen allen ein großes herzliches Willkommen hier in Erfurt.

Ich freue mich sehr, dass die Mitglieder des Diplomatischen und Konsularischen Corps hier sind, vor allem begrüße ich ganz herzlich die Botschafterin des Großherzogtum Luxemburg

Martine Schommer. Und zudem begrüße ich den Generalkonsul aus Polen Dr. Zbigniew Zareba.

Ich freue mich, dass unsere Landrätinnen und Landräte unserer Einladung gefolgt sind, ich freue mich dass die Damen und Herren Bürgermeister und Vorsitzenden von Verwaltungsgemeinschaften hier sind. Einen Bürgermeister möchte ich besonders begrüßen, vertreten für die ganze große kommunale Familie die wir als Union in Thüringen haben, nämlich den Bürgermeister der neuen Einheitsgemeinde "Drei Gleichen", Jens Leffler, der am Samstag mit 64,5 % die Bürgermeisterwahlen gewonnen hat. Herzlichen Glückwunsch dazu noch einmal.

Wir freuen uns, dass Präsidenten, Vorsitzende und Geschäftsführer von Verbänden und Kammern hier in der Messehalle sind, von Bünden, Räten und Tagen, von Vereinen und Gesellschaften, die Beauftragten der Kirchen, die Präsidenten bedeutender Behörden und Landesgesellschaften sowie die Kollegiumsmitglieder des Landesrechnungshofes, die Gäste der Thüringer Wirtschaft, des Mittelstandes und des Handwerkes, die Gästen aus dem Bereich der Wissenschaft und der Kunst und natürlich ganz besonders willkommen die Vertreter der Medien. Seien Sie alle herzlich begrüßt noch einmal und abschließend ein herzliches willkommen.

Jetzt habe ich so viele aufgezählt und begrüßt, bis auf unseren wichtigsten Gast, auf den wir uns heute so besonders freuen. Ich begrüße jetzt ganz besonders den Premierminister des Großherzogtums Luxemburg Herrn Jean Claude Juncker. Es ist uns eine große Freude, dass Sie da sind Herr Premierminister. Herzlich willkommen. Ich begrüße mit Ihnen wirklich einen der bedeutendsten Vertreter der christlich-demokratischen Familie in Europa.

Sehr geehrter Herr Premierminister. Ich darf Ihnen und der gesamten Versammlung, Ihnen allen, zunächst die herzlichen Grüße unseres Ministerpräsidenten und CDU-Landesvorsitzenden Dieter Althaus übermitteln.

Wir freuen uns, dass Dieter Althaus wieder in Thüringen ist. In seiner Heimat, in Heiligenstadt wird seine Genesung gut vorankommen. Nach Ostern, Ende April, wird der Ministerpräsident wieder auf seinem Platz sein. Das sind noch zwischen vier und fünf Wochen. Es bleibt dabei, die Gesundheit des Ministerpräsidenten hat Vorrang, wir sind gut

aufgestellt, jeder auf seinem Platz. Und wir werden unsere Arbeit so weitermachen, wie wir sie seit dem 1. Januar in Gemeinsamkeit vollbracht haben.

Fast zwölf Wochen haben ganze Heerscharen von Zeitgenossen versucht uns einzureden, Dieter Althaus' Karriere sei zu Ende. Doch jede Umfrage und fast jede Abstimmung in zahlreichen Medien hat gezeigt: Das sehen die Menschen mit deutlicher Mehrheit anders.

Die Thüringer sind fair, denn ihre Phantasie reicht aus, um sich vorzustellen, in eine vergleichbare Situation zu geraten.

Und sie sehen, dass Dieter Althaus die Verantwortung für seine Fahrlässigkeit übernommen hat und mit diesem Unfall so umgeht, dass die furchtbaren Folgen für die Familie Christandl gelindert werden.

Ich danke den Mandatsträgern und Mitgliedern unserer Partei für die Loyalität und Geschlossenheit der letzten Monate. Das ist nicht selbstverständlich. Der Skiunfall hat uns wieder gezeigt: Der Mensch ist nicht unfehlbar und er ist nicht vollkommen. Deswegen haben wir auch eine menschliche Kategorie eröffnet, die in der Politik nicht üblich und erwartbar ist. Daraus entwickeln wir unser Verständnis für eine zweite Chance. Und deswegen haben wir Dieter Althaus im November 2008 zum Landesparteitag einstimmig zum Spitzenkandidaten ausgerufen. Und wir haben ihn jetzt mit großer Mehrheit auf Platz 1 unserer Landesliste gesetzt.

Mein Dank gilt dem Kabinett unter Leitung der Stellvertretenden Ministerpräsidentin Birgit Diezel. Ihr habt in den letzten zwölf Wochen hervorragend gearbeitet und die Fraktion hat euch durch diese Wochen mit großer Kraft getragen.

Die Sitzungen des Landtags vergangene Woche waren nur ein Beleg dafür. Es war ein Plenum der Zusagen, in dem wir etliche Vorhaben auf der Tagesordnung hatten, die wir angekündigt haben: von der 100 %-Besoldung für Beamtenanwärter, über die Feuerwehrrente, eine Schuldenbremse in der Thüringer Verfassung bis zum Arbeitsauftrag für eine Novelle des Mittelstandsfördergesetzes.

Am Beginn dieses langen Wahljahres steht die Wahl zu den Kommunalparlamenten und zum Europäischen Parlament. Wie wichtig Europa für uns ist, das zeigt die Finanz- und Wirtschaftskrise. Gäbe es die EU nicht, müsste man sie eigens für diese Situation erfinden.

Denn nur durch die Europäische Union wurden nationalistische Alleingänge und Protektionismus gebannt.

Es gibt in dieser Situation keinen berufeneren Redner als Sie, Premierminister Juncker. Sie sind ein überzeugter Europäer und haben die Integration Europas in allen ihren Ämtern aus Überzeugung vorangetrieben. Als Politiker ihres Heimatlandes, als Repräsentant der christlich-demokratischen Familie in Europa und in europäischen Funktionen.

Darin sind Sie Helmut Kohl verwandt, dem Kanzler der deutschen Einheit, der wie Sie zutiefst davon überzeugt ist, dass jede einzelne europäische Nation ihre Zukunft nur im Miteinander der Integration sichern kann. Deshalb war es ein bewegender Moment, als Sie 2006 den Karlspreis der Stadt Aachen entgegennahmen und Helmut Kohl die Laudatio hielt.

Helmut Kohl, der ein guter Freund von Ihnen ist, sagt darin über Sie: „Jean-Claude Juncker hat mit seinem unermüdlichen Engagement großen Anteil daran, dass die Einigung Europas eine Erfolgsgeschichte wurde. Er hat mit Leidenschaft am Bau des Hauses Europa mitgewirkt. Für ihn war und ist Europa Herzenssache! Lieber Jean-Claude – es ist ein Glück für Europa, dass es dich gibt!“, so Kohl. Wir wollen uns dem anschließen.

Lieber Premierminister Juncker. Deshalb sind Sie heute hier, um am Beginn dieses Wahljahres dafür zu sorgen, dass die Wahlen zum Europäischen Parlament auch in Thüringen die gebührende Aufmerksamkeit finden. 2009 wählen wir auch Kommunalparlamente, den Landtag und den Deutschen Bundestag. Aber keine Ebene ist mehr ohne den Rahmen vorstellbar, den die Europäische Union setzt. Und deshalb stehen die Wahlen zum Europäischen Parlament auch in Ihrem Land in besonderer Aufmerksamkeit, da Sie selbst ja auch am 7. Juni zur Wiederwahl antreten. Viel Erfolg!

Sehr geehrter Premierminister Juncker,

seit 2005 sind Sie auch Vorsitzender der sogenannten Eurogruppe. Das ist das Gremium, in dem die Euro-Länder aktuelle Probleme der Wirtschafts- und Finanzpolitik debattieren, um daraus Rückschlüsse auf die nationale und gemeinsame Politik zu ziehen. Schon diese Kurzbeschreibung zeigt, welche Verantwortung in diesen Tagen auf Ihren Schultern lastet.

Am Ernst der Lage haben Sie keinen Zweifel gelassen. In einem Interview in der Welt warnten Sie vergangene Woche davor, dass sich aus der Finanz- und Wirtschaftskrise eine soziale Krise ergeben könnte; mit Massenarbeitslosigkeit und Einkommensverlusten, die das Vertrauen in das politische System erschüttern könne. Da ist es gut, dass Politiker wie Sie koordiniert und entschlossen gegensteuern.

Gemeinsam stützen die Mitgliedstaaten der EU die Konjunktur mit mehr als 400 Milliarden Euro. Deutschland trägt daran mit über 80 Milliarden Euro übrigens einen beachtlichen Anteil. Über die Konjunkturpakete des Bundes und die Kofinanzierung des Landes können dadurch in Thüringen über 700 Mio. € zusätzlich investiert werden. Bildung und Forschung, Infrastruktur und Klimaschutz profitieren besonders.

Die Landesregierung hat alle Weichen gestellt, dass dieses Geld in den Kommunen auch ankommt.

Als wichtigster Finanzpolitiker der Eurogruppe haben Sie allerdings auch davor gewarnt, neben diesen gewaltigen Summen gleich wieder nach weiteren Konjunkturspritzen zu rufen. Sie sagten: „Wer Schulden macht, braucht auch eine klare Strategie zum Schuldenabbau.“ Dem können wir in Thüringen ohne Abstriche zustimmen.

Angela Merkel hat vor dem Bundestag letzten Donnerstag den Finger in die Wunde gelegt und mit ihrer erfrischenden Schnörkellosigkeit auf die eigentliche Ursache der Krise hingewiesen. Sie sagte: „In Wahrheit ist sie [die Krise, KEH] das Ergebnis langfristiger Entwicklungen, die immer wieder zugelassen haben, dass Länder über ihre Verhältnisse gelebt haben.“ Dem ist nichts hinzuzufügen. Und deshalb ist es richtig, dass die Föderalismuskommission eine Schuldenbremse für den Bund beschlossen hat.

Um unserer eigenen Zukunft willen und der des Freistaates Thüringen ist es folgerichtig, dass wir in Thüringen eine Schuldenbremse in die Landesverfassung schreiben wollen und den entsprechenden Gesetzentwurf jetzt im Landtag haben. Das ist nachhaltig und das ist generationengerecht! Wir machen seit 2007 keine neuen Schulden mehr. Wir haben 2008 Überschüsse erwirtschaftet, mit denen wir jetzt unseren Anteil an den Konjunkturpaketen finanzieren können. Das alles war möglich, weil wir in den letzten Jahren die Ausgaben ganz erheblich reduziert haben. Wir haben dafür die Verantwortung getragen. Wir ernten

aber auch jetzt die Früchte unserer Arbeit. Und wir führen damit Thüringen durch die schweren Wasser in diesen Wochen in eine ruhige See.

Wir wollen die Rückkehr zu der klaren Regel „Spare in der Zeit, so hast Du in der Not“. Linke Politiker machen daraus, „verbrauche in der Zeit und pumpe in der Not und lasse die Erben zahlen“. Das ist weder nachhaltig, noch generationengerecht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Keine Frage: Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise trifft auch Thüringen hart. Aber unser Freistaat geht in vergleichsweise robuster Verfassung durch diese Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Und das betrifft keineswegs alleine den Landeshaushalt und die Finanzen.

Regelmäßig erhalten wir bei der Bewertung des Standorts Thüringen gute Zeugnisse. Ich erwähne lediglich zwei aktuelle Beispiele. Das amerikanische Fachblatt „Site Selection“ wertete kürzlich mehrere Studien zur wirtschaftlichen Attraktivität von insgesamt mehr als 1.000 Standorten weltweit aus. Dabei landete Thüringen in Westeuropa auf dem fünften Platz.

In der jüngsten Mittelstandsbefragung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst + Young haben 79 % der befragten Unternehmen die regionalen Rahmenbedingungen in Thüringen positiv bewertet. Wir stehen im „Mittelstandsbarometer 2009“ damit bundesweit auf dem dritten Platz. Bei der Einschätzung der Infrastruktur ist Thüringen sogar Spitzenreiter. In keinem anderen Bundesland ist die Zustimmung größer. 73 % schließlich bewerten die Mittelstandspolitik unserer Landesregierung positiv.

Wirtschaft ist für uns kein Selbstzweck. Sie hat nicht zuletzt die Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern Arbeit und Auskommen zu sichern. Deshalb sind wir stolz darauf, dass Thüringen seit Jahren die niedrigste Arbeitslosenrate unter den neuen Ländern hat und Ende des letzten Jahres sogar die 10 %-Marke unterschritten hat.

Wir alle wissen: Durch die Wirtschaftskrise wird sie wieder nach oben gehen. Ich bin jedoch zuversichtlich: Die Unternehmen werden alles tun, um ihre Belegschaften notfalls

durch Kurzarbeit zu halten und sich durch Qualifizierung für den nächsten Aufschwung besser aufzustellen.

Dauerhaften Erfolg garantiert eine gute Bildung. Deshalb sind wir stolz auf unser hervorragendes Thüringer Bildungssystem. Ich danke den Lehrerinnen und Lehrern, die tagaus, tagein dafür arbeiten. Sie sind gewohnt, Zeugnisse auszustellen, ab und an erhalten sie allerdings selbst eines. Dieses Zeugnis heißt dann PISA oder IGLU oder Bildungsmonitor.

Unsere Lehrerinnen und Lehrer und unsere Bildungspolitik müssen sich dabei nicht verstecken. Ein um das andere Mal wird deutlich: Thüringen gehört in Sachen Bildung zum Spitzenquartett in Deutschland. Meist sind es die drei Freistaaten und Baden-Württemberg. Beim Lesetest IGLU haben wir es sogar in die Weltspitze geschafft. Unsere Bildungspolitik setzt auf Qualitätsentwicklung in den existierenden Strukturen. Wir wollen die richtige Schule für jeden – und nicht eine Schule für alle, wie die Opposition. Deshalb werden wir einen Einstellungskorridor schaffen und ab 2011 jährlich 500 junge Lehrer einstellen.

Das ist unsere Antwort in der bildungspolitischen Debatte.

Das Fundament für ein gelingendes Leben muss jedoch in erster Linie in den Familien gelegt werden. Unser Credo ist, den Familien dafür jede Hilfe anzubieten. Wir haben deshalb unser Kita-System auf eine solide finanzielle Grundlage gestellt.

Und die deutschlandweit höchste Ganztagsquote zeigt, dass dieses System mit seinem qualifizierten Personal bei den Eltern in einem hohen Maß akzeptiert ist. Diese ausgezeichnete Betreuungsinfrastruktur ist übrigens ein entscheidender Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In Thüringen geht beides: Kinder und Karriere.

In einem Punkt haben wir fundamental anders entschieden als die Oppositionsfraktionen. Wir nehmen die Vielfalt der Lebensentwürfe in unserem Land ernst und versuchen nicht, das Modell Doppelverdienerehepaar mit fremd betreutem Kind zum neuen Leitbild zu erheben. Genau das tun LINKE und SPD, wenn sie mit diskriminierenden und menschenverachtenden Worten wie „Herdprämie“ hantieren.

Wir lassen uns dadurch nicht beirren und werden die Zahlung des Thüringer Erziehungsgelds auf zwei Jahre erweitern, denn es sichert echte Wahlfreiheit. Und wir

werden den Kleinsten noch bessere Betreuung schon zum nächsten Kindergartenjahr garantieren.

Meine Damen und Herren,

an der Mittelstands-, Bildungs- und Familienpolitik lässt sich übrigens ganz klar das christlich-demokratische Profil ablesen, nach dem zurzeit so viel gerufen wird.

Es ist eben manchmal hilfreich, in die Länder statt immer auf die Bundeshauptstadt Berlin zu schauen.

Die Politik der CDU fußt auf dem christlichen Menschenbild, das den Menschen in seiner Würde und Einzigartigkeit sieht, aber auch seine Freiheit und Eigenverantwortung ernst nimmt. Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit werden deshalb bei uns durch das Prinzip der Subsidiarität geordnet. Familie, Bildung, unternehmerische und soziale Verantwortung sind dafür klassische Bewährungsfelder.

Die CDU ist und bleibt die Partei, in der Christlich-soziale, Marktwirtschaftlich-liberale und Konservative zusammengefunden haben. Das sind Facetten unserer Partei, die einander bedingen und nur gemeinsam ein Ganzes bilden.

Das gilt ausdrücklich auch für den Konservatismus, für den Persönlichkeit, Familie, Heimat, Traditionen, Nation und Staat übrigens viel zu bedeutsam sind, um sie den Gesetzen und der Logik des Marktes zu unterwerfen. Deshalb ist es auch falsch, die Konservativen mit Marktradikalen zu verwechseln. Die stehen derzeit zu Recht in der Kritik.

Mit einem klaren Profil gehen wir auch in den Wahlkampf. Die Wählerinnen und Wähler haben ein Recht auf klare Alternativen.

Wir werden dem Mittelstand weiter den Rücken stärken. Denn er ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und unseres Wohlstands und er schafft die Arbeitsplätze.

Wir wollen Leistung fördern und Fachkräfte für Thüringen begeistern.

Dazu gehören leistungsgerechte und wettbewerbsfähige Löhne. Guter Lohn für gute Arbeit ist dabei unser Maßstab.

Wir werden unseren erfolgreichen Weg in der Bildungspolitik fortsetzen und die Lehrerschaft durch mehr Neueinstellungen junger Lehrer verjüngen.

Und wir werden weiter am Familienland Thüringen bauen, Betreuungsschlüssel verbessern und das Landeserziehungsgeld ausbauen.

Und wir wollen junge Menschen nach Thüringen einladen, hier zu studieren: Deshalb garantieren wir Studiengebührenfreiheit und wollen mit einem eigen Lehrerausbildungsfördergesetz mit Stipendien Leistungsträger im Studium und danach unterstützen.

Mit unserem Regierungsprogramm 2009 bis 2014 legen wir 160 konkrete Ideen vor, wie Thüringen weiter gut vorankommt.

Meine Damen und Herren,

wir werden auch über die Alternative reden, denn die ist Gift für Freiheit, Wachstum und Wohlstand. Sie lautet Bodo Ramelow und die LINKE. Diese Herrschaften haben kein Interesse daran, die gegenwärtige Krise zu beheben, sondern liebäugeln wieder mit den alten sozialistischen Rezepten.

Doch es gilt immer noch, was 40 Jahre und mehr Realsozialismus gezeigt haben. Der Staat ist der schlechtere Unternehmer. Seine Aufgabe ist, die Rahmenbedingungen zu setzen und durchzusetzen.

Es ist erschreckend, mit welchem atemberaubendem Tempo die neue LINKE der alten SED immer ähnlicher wird, seit sie sich im Westen Deutschlands den ganzen linksextremen Narrensaum einverleibt hat.

Wie weit das bereits geht, das zeigt die ungeheuerliche Weigerung Bodo Ramelows, die DDR ein Unrechtsstaat zu nennen. Es habe in der DDR ja zum Teil gute Gesetze gegeben, sagt er. Nur dass der Wille der SED diese Gesetze durchbrechen konnte, das hat er vergessen.

Genauso wie fehlende demokratische Wahlen, gleichgeschaltete Parteien und Parlamente, die zahllosen Toten an der Grenze, die fehlende Klagemöglichkeit gegen den Staat, die

Parteilichkeit der Justiz, die Zensur, das politische Strafrecht, Tausende politischer Gefangener und Verfolgter alleine in Thüringen.

Das ist nicht nur eine Verhöhnung der Opfer, sondern zeigt auch:

Diesem Mann fehlen die entscheidenden Maßstäbe für Demokratie und Diktatur. Mit Spitzfindigkeiten wird an den Kernfragen vorbeifabuliert. Die Liebedienerei gegenüber den Schergen des SED-Regimes deutet in die gleiche Richtung. Es muss einem kalt den Rücken hinunter laufen, wenn ausgerechnet die LINKE mit ihrer Tradition immer wieder die „Systemfrage“ stellt. Dass der sozialdemokratische Ministerpräsident Selloering aus Mecklenburg-Vorpommern sich ein Stück weit auf diese Melodie eingelassen hat, zeigt leider: In der SPD fehlt die Kraft, sich gegen diese atemberaubende Geschichtsklitterung zu wehren. Fest steht: Die DDR war eine Diktatur, die der SED. Sie war kein Rechtsstaat. In der DDR ist Unrecht verübt worden, sie hat ihren Bürgern die Freiheit entzogen. Sie hat Biografien gebrochen. Meinung unterdrückt. Familien zerstört. Vor allem kann niemand die unzähligen Opfer an der Mauer und innerdeutschen Grenze wegdiskutieren. Und dies ist unbestreitbar Unrecht eines Staates gewesen! Und das gehört auch immer wieder so gesagt.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

wie es aussieht, scheinen die roten Nelken aber allmählich zu verdorren. Der MDR hat heute eine neue Umfrage für Thüringen veröffentlicht. Entscheidend ist: Rot-Rot hat in dieser Umfrage gegenüber dem Vorjahr 7 % verloren und das bürgerliche Lager 6 % hinzugewonnen. Und wenn die Wähler zwischen Dieter Althaus und Bodo Ramelow entscheiden sollen, ist das Ergebnis eindeutig. Ramelow ist entzaubert.

Die Richtung stimmt. Und trotzdem bleibt es dabei: Auf Umfragen haben wir uns in Thüringen bei der Union noch nie ausgeruht. Wir wollen Wahlen gewinnen. Wir werden hart dafür arbeiten, dass Thüringen nicht zum Versuchsfeld für neue sozialistische Experimente wird. Wir laden Sie ein, uns dabei zu unterstützen, damit wir auch in Zukunft stolz auf diesen Freistaat Thüringen sein können.

Ihnen heute einen wunderbaren Abend hier auf der Messe.